



Norbert Arndt ver.di

Privat vor Staat ?

Die Leipziger haben in einer Bürgerentscheid mit überwältigender Mehrheit gegen einen geplanten Verkauf der Stadtwerke gestimmt. Damit ist die Privatisierung jeglicher kommunaler Unternehmen für die nächsten drei Jahre vom Tisch. Die Initiative >Bürgerbegehren Leipzig-Stopp den Ausverkauf unserer Stadt< hatte Mitte Dezember mit 42.000 Unterschriften den Stadtrat dazu gezwungen, den Bürgerentscheid durchzuführen. Bei einer Wahlbeteiligung von 41 % stimmten 87,4 % der Wähler gegen den Verkauf und lediglich 12,6 % dafür. Alle großen Städte in Deutschland sind auf Jahre unterfinanziert und verschuldet. Das kann nicht am schlechten Wirtschaften der kommunalen Unternehmen liegen. Da läuft etwas grundsätzlich falsch. So ist eine Gemeindefinanzreform, die die kommunale Selbstverwaltung und die soziale Daseinsvorsorge sichert, längst überfällig. Übrigens laufen momentan in mehreren deutschen Städten Bürgerbegehren gegen die Privatisierung kommunalen Eigentums, darunter in Dresden und Berlin.

Blitzstreik im Berliner ÖPNV zu 100 % befolgt !

ver.di hatte die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) am letzten Donnerstag zu Warnstreiks aufgerufen.

Von Freitagnacht bis Samstag (15.00 Uhr) legte der Warnstreik der 11.500 BVG-Beschäftigten den Nahverkehr lahm. Bis dahin fuhren weder U-Bahnen noch Straßenbahnen und so gut wie keine Busse des größten Nahverkehrsbetriebs in Deutschland. Der Streik war ein voller Erfolg.

ver.di will mit dem Warnstreik Forderungen von 8 bis 12 % mehr Lohn für die BVG-Beschäftigten durchsetzen.

Was den Lokführern recht ist, sollte Bus-, Straßenbahn- und U-Bahnfahrern billig sein. Wie bei den Lokführern klingen die Forderungen der BVG-Beschäftigten nicht gerade bescheiden. Seit 2003 haben diese aber auf Gehaltserhöhungen verzichten müssen. Mehr noch, sie mussten seit dem Gehaltseinbußen von bis zu 11 % hinnehmen. Nicht nur bei der BVG hat sich in dieser Zeit viel Unmut angestaut. Mit durchschnittlich 1650 € brutto wird ein Busfahrer in Berlin abgespeist.

Thomas Smeenk (HCR)

**Aufruf zur Solidarität
NOKIA Bochum muss bleiben !**

Familienprotesttag

Sonntag, 10. Februar 2008

**Alle ver.di- Mitglieder treffen sich
um 16.00 Uhr auf dem Parkplatz
des ehem. Möbelkaufhauses
UNGER in Bochum-Riemke
Hernerstr./ Rensingstr.**

Frank Klee

Vorsitzender Bezirksarbeitsausschuss


Cornelia Beverungen-Willma

Alles was Recht ist ...

Bei Verlängerung befristeter Arbeitsverträge darf nur die Vertragsdauer geändert werden. Werden auch andere Arbeitsbedingungen geändert, wird die Befristung unwirksam, entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG) in Erfurt. Es gab einer Verkäuferin in Baden-Württemberg recht, die auf einen unbefristeten Arbeitsvertrag geklagt hatte. Sie war im September 2004 von der Firma für ein Jahr mit einer Wochenarbeitszeit von 20 Stunden befristet eingestellt worden. im Juli 2005 wurde ab September 2005 ein befristetes Arbeitsverhältnis in einer anderen Verkaufsstelle für ein weiteres Jahr mit 30 Stunden Wochenarbeit vereinbart. Es handele sich nicht um eine Vertragsverlängerung, so die Richter, da die Arbeitszeitdauer geändert wurde. (7-AZR-603/06)

Kirche /Diakonie / Caritas

ver.di fordert für die rund eine Million Beschäftigten bei Kirchen, Diakonie und Caritas 8 Prozent mehr Lohn und damit die gleichen Erhöhungen wie in der Tarifrunde für Bund und Gemeinden. Es gibt keinen Grund, die Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitswesen kirchlicher Träger schlechter zu bezahlen. Daher ist es folgerichtig, dass die ver.di- Tarifkommission die gleichen Lohnforderungen wie im öffentlichen Dienst aufgestellt hat.

Zum Leben zu wenig

Immer mehr Menschen verdienen so wenig, dass sie auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Nach Berechnungen des DGB haben Mitte 2007 1,224 Millionen Arbeitnehmer zusätzlich Hartz-IV-Leistungen erhalten. Das sind 131.000 (12 %) mehr als zu Beginn des Jahres. im Vergleich zum September 2005 stieg die Zahl um 28 % an. Immer häufiger reicht das Gehalt nicht mehr aus, um die Existenz zu sichern.


Peter Böhmer (Stadt Herne)

Frechheit sondergleichen

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und der Deutsche Beamtenbund haben Arbeitsniederlegungen für den Fall angekündigt, dass Bund und Kommunen kein deutlich verbessertes Angebot vorlegen. „ Das Angebot der Arbeitgeber ist eine Frechheit sondergleichen. Das lassen wir uns nicht gefallen“, betonte GdP-Vorsitzender Freiberg. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 11. und 12. Februar angesetzt.


Reinhard Kluy (Stadt Bochum)

Oben Hummer, unten Kummer

Die Wirtschaft wächst, aber die Realeinkommen der Arbeitnehmer, der Altersrentner und der Bürger die auf Sozialtransfers angewiesen sind, sinken. Der Löwenanteil des Zuwachses beim erwirtschafteten Volkseinkommen ist wiederum von den Unternehmern und Vermögensbesitzern einkassiert worden. Bei einer jahresdurchschnittlichen Preissteigerung von 2,2 % sind die minimalen Lohnzuwächse aufgezehrt worden. Die Position der Arbeitnehmer hat sich verschlechtert. Die starke Schiefelage in der Einkommensverteilung kann nicht länger übersehen werden. So ist es denn auch kein Wunder, dass die Kritik an der sozialen Ungerechtigkeit gesellschaftlich wie politisch deutlich zugenommen hat.

Alle Parteien entdecken plötzlich das Thema >soziale Gerechtigkeit<.Das verschafft den Gewerkschaften, nach Jahren der Flaute, Rückenwind der offensiv genutzt werden muss. Gewerkschaften haben die große Chance, die gesellschaftliche Kritik aufzugreifen und sich als die Kraft zu profilieren, die für die arbeitenden Menschen mit dem Ziel einer sozial gerechten Gesellschaft eintritt. Nutzen wir sie !

**Bezirksarbeitsausschuss
Bezirk Bochum- Herne**

Redaktion :
Frank Klee, Beatrix Kube,
Lothar Christen,
Frank Emmenegger ,
Peter Böhmer

V.i.S.d.Pr.: Norbert Arndt
Arbeitersekretariat
Brunnenstr.42-44623 Herne
Tel. 02323/ 95522-0
Fax: 02323/ 9522-17
norbert.arndt@verdi.de

Impressum